

16. August 2019

WWF Österreich: Fragebogen zur Nationalratswahl 2019

Ein Überblick & die vollständigen Antworten der relevanten wahlwerbenden Parteien zum Klimaschutz, sowie eine Bewertung der Antworten aus Klimaschutz-Sicht

| FORDERUNGEN DES WWF ÖSTERREICH | | GRAD DER ZUSTIMMUNG | | | | | |
|--------------------------------|---|---------------------|-----|-----|------|-------|-------|
| | | ÖVP | SPÖ | FPÖ | NEOS | JETZT | GRÜNE |
| KLIMASCHUTZ | ▶ Öko-Steuerreform mit nationaler CO ₂ -Abgabe und Klimadividende umsetzen | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| | ▶ Umweltschädliche Subventionen abbauen | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| | ▶ Ökostrom-Ausbau an Naturschutzkriterien koppeln | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| | ▶ Klimacheck für Gesetze & Verordnungen einführen – mit externer wissenschaftlicher Kontrolle | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |
| | ▶ Neue Autobahnen und Flughafenpisten verhindern | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ |

■ Die Partei stimmt der Forderung zu.
 ■ Die Partei stimmt der Forderung teilweise zu.
 ■ Die Partei stimmt der Forderung nicht zu.

Alle Antworten im Detail unter: www.wwf.at/parteiencheck

1. Die Klimawissenschaft sieht eine echte ökologische Steuerreform als zentrales Instrument, insbesondere damit Umweltverschmutzung auch einen Preis bekommt. Sind Sie daher für eine nationale CO₂-Abgabe, die fossile Energien ausbremst, umweltfreundliches Verhalten belohnt und Bevölkerung und Wirtschaft mit einer „Klimadividende“ entlastet?

ÖVP: Die Volkspartei steht für Steuerentlastung, nicht für neue Belastungen. In Österreich gibt es schon jetzt CO₂-abhängige Abgaben wie etwa die Mineralölsteuer oder die NoVa. Im Rahmen der Steuerreform wurden weitere ökologische Anreize wie z.B. die Abschaffung der Eigenstromsteuer gesetzt. Wer selbst Strom erzeugt und ihn verbraucht, soll dafür keine Steuer mehr zahlen. Solche positiven steuerlichen Anreize sind neuen Belastungen vorzuziehen. Nationale CO₂-Steuermodelle halten wir nicht für zielführend, weil sie speziell die Menschen im ländlichen Raum und sozial Schwächere belasten, die auf ihr Auto angewiesen sind.

SPÖ: Die SPÖ tritt für eine EU-weite CO₂-Steuer, beginnend mit einem Mindestpreis von 30 EURO je Tonne CO₂ in Verbindung mit einem Grenzausgleichsmechanismus für CO₂-Importe ein. Auf nationaler Ebene setzen wir auf einen Mix aus ordnungspolitischen, investiven und steuerlichen Maßnahmen.



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

FPÖ: Wir haben im Bereich des Verkehrs bereits eine solche CO₂-Abgabe, die allerdings den Namen Mineralölsteuer trägt. Jeder kann durch seine Fahrweise und die Wahl des Autos selber bestimmen, ob er viel Treibstoff verbraucht oder nicht.

NEOS: Ja, wir treten für eine aufkommensneutrale CO₂-Steuer ein. Sie ist der fairste und effizienteste Weg, um die Emission von Treibhausgasen zu verringern und schafft Anreize für klimafreundliche Innovationen und Investitionen. Wesentlich ist, dass sie aufkommensneutral gestaltet wird. Das bedeutet, dass die Gesamtsteuerbelastung, die in Österreich bereits massiv ist, nicht erhöht wird. Also Steuern auf Arbeit massiv runter und Steuern auf CO₂ rauf. Erfahrungen aus Schweden zeigen, dass eine CO₂-Steuer Emissionen nachhaltig reduziert, ohne Einbußen bei Wirtschaftswachstum oder Kaufkraft zu verursachen.

JETZT: Ja, es braucht unbedingt diesen Anreiz, CO₂ zu sparen. Wer sich vorbildlich verhält, bekommt sogar Geld heraus. Es ist außerdem wichtig, dass die Maßnahme sozial gestaffelt und an die Lebensumstände angepasst ist. So dürfen etwa Pendlerinnen und Pendler, die keine sinnvolle öffentliche Verkehrsverbindung zur Verfügung haben, nicht einfach abgestraft werden. Anreize: ja, Bestrafung ohne Alternativen anzubieten: nein. Deshalb muss auch der öffentliche Verkehr ausgebaut werden.

GRÜNE: Ja. Die Grünen fordern schon lange eine ökosoziale Steuerreform mit einer Komponente, die das CO₂ bepreist. Beim Grünen Modell geht es um einen umfassenden Ansatz einer echten Steuerreform, bei der umweltschädliche Produktions- und Verhaltensweisen im Endeffekt teurer und Klimaschutz-kompatible und umweltfreundliche Produktionsweisen und Konsum günstiger werden. Diese ganze ökologische Umsteuerung soll aufkommensneutral sein, so dass es insgesamt zu keiner Mehrbelastung kommt.

WWF-Bewertung: Immer mehr Wissenschaftler sehen eine CO₂-Bepreisung als Königsweg der Klimapolitik, stets verbunden mit ausgleichenden Maßnahmen wie einem Ökobonus (Klimadividende) für alle Haushalte oder dem Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel. GRÜNE, NEOS und JETZT fordern dementsprechend eine insgesamt aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung im Zuge einer größeren ökologischen Steuerreform. Die SPÖ verweist auf eine an sich sinnvolle europäische Lösung, die jedoch den großen Nachteil hat, dass sie aus heutiger Sicht unrealistisch ist, weil die dafür nötige Mehrheit nicht in Sicht ist. ÖVP und FPÖ stellen sich gegen eine nationale CO₂-Bepreisung, nennen in ihrer Antwort aber auch keine ambitionierten Alternativen, die auch nur annähernd ähnlich viel für das Klima bewegen würden.



2. Sind Sie für den sofortigen Abbau (bzw. das ökologisch sinnvolle Umschichten) umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und wollen Sie diesen Schritt auch im nächsten Regierungsprogramm verankern?

ÖVP: Grundsätzlich stehen wir einer ökologisch sinnvollen Vereinfachung des Förderwesens positiv gegenüber. Die letzte Bundesregierung hat eine Erhebung und Evaluierung klimaschädlicher Subventionen und Förderungen in die Wege geleitet. Diese Evaluierung liegt noch nicht vollständig vor. Eine inhaltliche Bewertung, welche Förderungen und Subventionen in diesem Bereich verzichtbar sind und gegebenenfalls geändert oder gestrichen werden müssen, wird erfolgen, wenn die vollständige Evaluierung der bestehenden Instrumente vorliegt.

SPÖ: Dass auf der einen Seite klimaschädliches Verhalten gefördert wird und auf der anderen Seite hohe Investitionen bzw. bei Nicht-Erreichung der Emissionsziele auch Strafzahlungen in Milliardenhöhe zu leisten sind, ist widersinnig. Bei der Abschaffung klimaschädlicher Subventionen sollten aber auch die sozialen und wirtschaftlichen Effekte berücksichtigt werden. Die Abschaffung der Mineralölsteuerbefreiung von Kerosin und Schiffstreibstoffen hat klarerweise eine andere soziale Wirkung als Eingriffe in Wohnbauförderung und Pendlerpauschale.

FPÖ: Ja – aber man muss auf eine soziale Verträglichkeit dabei achten.

NEOS: Ja, wir sind ganz klar für eine Abschaffung umweltschädlicher Subventionen.

JETZT: Ja, denn derzeit fließt sehr viel Geld in umwelt- und klimaschädliche Subventionen. Es handelt sich um Milliardenbeträge, die hier fehlgeleitet investiert werden. Würde man diese Subventionen in die Energiewende und den Klimaschutz umleiten, wäre für die Energiewende genug Geld vorhanden. Im Übrigen ist es nicht immer so offensichtlich, welche Subventionen umwelt- und klimaschädlich sind. Sogar die Ökostromförderung kann schädlich für die Umwelt sein, wenn etwa unproduktive Wasserkraftwerke gefördert werden. Derzeit werden Kraftwerke mit geringem Ertrag und schlimmen negativen Auswirkungen auf die Umwelt sogar noch mittels Ökostromförderungen gefördert.

GRÜNE: Ja. Umweltschädliche Subventionen wie das Diesel-Privileg oder die Steuerbefreiung für Kerosin sind aus Sicht des Klimaschutzes nicht nachvollziehbar. Anstatt umweltschädliche Handlungen zu unterstützen, müssen Förderungen geschaffen werden, um umweltschonende und nachhaltige Maßnahmen zu belohnen und allgemein zugänglich zu machen.

WWF-Bewertung: Alle Parteien bekennen sich zumindest grundsätzlich zum Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen - am klarsten tun dies GRÜNE, NEOS und JETZT. Auch SPÖ und FPÖ sagen Ja zum Abbau, verweisen aber zugleich auf zu berücksichtigende soziale Folgen – was freilich in den vergangenen Jahren parteiübergreifend immer wieder als Argument vorgeschoben wurde, um überholte Subventionen zu konservieren. Am defensivsten ist hier die ÖVP, die sich zwar für eine ökologisch sinnvolle Vereinfachung des Förderwesens ausspricht, aber zur konkreten Frage vorerst nur auf die bundespolitische Evaluierung verweist, die jedoch laut Klimastrategie bereits im Juni 2019 veröffentlicht hätte werden müssen.



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

3. Klima- und Naturschutz gehören zusammen. Sind Sie daher dafür, dass die Förderung der Erneuerbaren Stromerzeugung an die Einhaltung klarer Naturschutz-Kriterien gekoppelt wird? Konkret im künftigen Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz.

ÖVP: Österreich ist jetzt schon internationaler Vorreiter bei der Produktion von Strom aus erneuerbaren Ressourcen. Wir haben uns als Land gegen die Produktion von Atomstrom entschieden – das war gut so. Damit wir bis 2030 100% des Stroms aus erneuerbaren Ressourcen erzeugen können, liegt noch einiges vor uns. So müssen wir weitere Möglichkeiten für Strom aus Wasserkraft ausloten. Auch die Energieerzeugung aus Wind-, Sonnenkraft und Biomasse soll weiter ausgebaut werden. Selbstverständlich sollte beim Ausbau dieser erneuerbaren Energieformen auch der Naturschutz berücksichtigt werden. So soll etwa der weitere Ausbau der Wasserkraft dort stattfinden, wo dieser Ausbau gewässerträglich erfolgen kann. Dabei soll auch der Revitalisierung bestehender Anlagen – mit denen ein erhebliches Potential erreicht werden kann – der Vorzug gegenüber Neuanlagen gegeben werden.

SPÖ: Die SPÖ tritt für einen naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energie ein, denn auch die natürlichen Ressourcen sind begrenzt. Deshalb ist es entscheidend, dass bei energie- und klimapolitischen Fragen das Thema Energieeffizienz eine entscheidendere Rolle bekommt. Was die rohstoffabhängige Ökostromerzeugung betrifft fehlt aus unserer Sicht eine ehrliche Diskussion über deren Rolle im künftigen Energiesystem. Hinsichtlich der Wasserkraft fehlen leider die entsprechenden Fördergelder für die überfällige Verbesserung der Gewässerökologie.

FPÖ: Ohne Eingriffe in die Natur kann keine Infrastruktur für Erneuerbare Energie gebaut werden. Bei der Errichtung soll aber auf eine weitestgehend naturschonende Art und Weise geachtet werden. Das UVP-Gesetz in Österreich stellt dies sicher.

NEOS: Ja, wir NEOS bekennen uns klar zum naturverträglichen Ausbau aller erneuerbarer Energieträger.

JETZT: Ja. Zu viele Mini-Flusskraftwerke richten bereits enormen Schaden für die Artenvielfalt und die Umwelt als Ganzes an. Nicht alles, was bisher als Öko gefördert wird, ist nachhaltig. Der Ertrag muss den Umweltschäden, die unvermeidbar mit der Errichtung neuer Kraftwerke einhergehen, objektiv gegenübergestellt werden. Der Erneuerung bestehender Anlagen und deren Effizienzsteigerung ist daher der Vorzug zu geben. Der WWF hat sich durch eine kritische Stellungnahme zur Überarbeitung des Umweltzeichens bei der Richtlinie Grüner Strom eingebracht. Wasserkraft ist nicht immer „grün“. Wasserkraftwerke bieten oft Fischaufstiegshilfen, der Fischabstieg geht aber für viele Tiere durch das Kraftwerk und tödlich aus.

GRÜNE: Ja. Selbstverständlich muss die Produktion erneuerbarer Energie naturverträglich passieren. Das kann nur gelingen, wenn neben einer deutlichen Senkung des Energieverbrauches, technologiespezifisch naturverträgliche Ausbaupfade definiert werden, und die Ökostromförderung selbst an die Einhaltung konkreter Naturschutzkriterien gebunden wird. Wir werden uns für eine Verankerung dieser Forderung in einem zukünftigen Erneuerbaren Ausbau Gesetz einsetzen.



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

WWF-Bewertung: Einzig GRÜNE und JETZT betonen in ihrer Replik, dass die Ökostromförderung selbst sinnvollerweise an die Einhaltung konkreter Naturschutzkriterien gekoppelt und dies gesetzlich verankert wird. Auch die NEOS beantworten die entsprechende WWF-Frage mit einem Ja, wenn auch ohne ins Detail zu gehen. Die anderen Parteien antworten nur vage, bekräftigen aber zumindest grundsätzlich den Wert eines naturverträglichen Ausbaus Erneuerbarer Energien. Die SPÖ verweist noch auf das zentrale Thema Energieeffizienz, die ÖVP auf den Vorrang für Revitalisierung gegenüber Neuanlagen. Die FPÖ verweist insbesondere auf das UVP-Gesetz, das jedoch viele Defizite hat.

4. Die Photovoltaik (PV) ist von allen Ökostrom-Technologien bisher noch am wenigsten ausgebaut. Werden Sie sich dafür einsetzen dass in Zukunft mindestens die Hälfte der Ökostromfördermittel für PV reserviert wird?

ÖVP: Um unser Ziel zu erreichen, bis 2030 100% des benötigten Stroms aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen, und andererseits die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, braucht es einen Energiemix. Neben Wasser-, Windkraft und Biomasse spielt vor allem auch die Photovoltaik eine große Rolle. Konkret wollen wir in der kommenden Legislaturperiode auf jedem Gebäude des Bundes zumindest eine Photovoltaik-Anlage errichten. Denn die Politik muss mit gutem Beispiel vorangehen und sicherstellen, dass die öffentliche Verwaltung als erster Sektor CO₂-neutral wird.

SPÖ: Die Photovoltaik war in der Vergangenheit eine vergleichsweise teure Technologie, diese Situation hat sich aber dramatisch verbessert, sodass die Photovoltaik sicher enorme Potentiale hat und hinsichtlich des geringen Eingriffs in die Natur auch deshalb positiv zu sehen ist. Die SPÖ setzt beim Thema Ökostrom den Schwerpunkt auf rohstoffunabhängige Erzeugungstechnologien. Klar ist dabei aber auch, dass auch Mittel jenseits eines Ökostromfördergesetzes (etwa ELER-Mittel) nötig sein werden, um im Jahr 2030 tatsächlich bilanziell 100% Ökostrom zu haben. Auf Initiative der SPÖ laufen derzeit Gespräche um einen Stillstand beim Ausbau der Photovoltaik im Jahr 2020 zu verhindern.

FPÖ: Wir wollen uns die nötige Flexibilität bewahren – wichtig ist, dass insgesamt die Energieversorgung auf Erneuerbare umgestellt wird. In manchen Gebieten Österreichs machen Windkraftanlagen Sinn, in anderen Geothermie – Photovoltaik ist fast überall einsetzbar.

NEOS: Photovoltaik wird nach allen Prognosen bei der erneuerbaren Energiezukunft eine entscheidende Rolle spielen und wir treten für einen entsprechenden Anteil der Förderung ein.

JETZT: Ja.

GRÜNE: Wir Grüne nehmen das Ziel 100% erneuerbaren Strom ernst, und wollen dementsprechend erneuerbare Energien ausbauen und nicht deckeln. Maßnahmen in einem zukünftigen Erneuerbare-Ausbau-Gesetz müssen für die Erreichung des 100% Ziels tauglich sein, und einen konkreten Zielerreichungspfad und klare Mengenziele für die einzelnen

Technologien aufzeigen. Im Bereich der Photovoltaik heißt das, wir brauchen zumindest eine Verzehnfachung der Erzeugungskapazitäten bis 2030. Bis zur Zielerreichung soll es daher gar



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

keine Deckelung mehr für die Photovoltaik-Fördermittel geben. Überall dort, wo Grüne in der Regierungsverantwortung sind, wurde bei der Förderung von Photovoltaik bereits Vieles verbessert. Zuletzt beispielsweise in Tirol.

WWF-Bewertung: Alle Parteien betonen die Bedeutung der Photovoltaik, gehen aber großteils zu wenig auf die konkrete Frage ein. Am ambitioniertesten äußern sich die GRÜNEN, indem sie die bisherige Deckelung der PV-Fördermittel aufheben wollen. Auch JETZT will zumindest die Hälfte der Ökostrom-Mittel für die PV reservieren.

5. Unterstützen Sie einen verpflichtenden Klimacheck für alle Gesetze und Verordnungen – inklusive einer externen Kontrolle durch die Wissenschaft?

ÖVP: Unser Plan sieht eine externe Klimakommission aus unabhängigen Wissenschaftler/innen und Expert/innen vor, die Ministerien und Politiker beim Fortschritt entlang der Klimaziele fachlich beraten, wie es auch etwa in Schweden und Deutschland der Fall ist. Dazu gehört auch ein verpflichtender Klimacheck für neue Gesetze und Verordnungen.

SPÖ: Eine Erweiterung der bestehenden Wirkungsfolgenabschätzung um eine detaillierte Darstellung der Klimawirkungen halten wir für sehr sinnvoll und dringend nötig, weil damit auch die Verantwortlichkeiten innerhalb der Bundesregierung auf eine breitere Basis gehoben werden. So wie die Wirkungsfolgenabschätzung bereits jetzt überprüft wird, soll sie künftig auch hinsichtlich der Klimaauswirkungen von ressortunabhängiger, wissenschaftlicher Seite überprüft werden.

FPÖ: Wir gehen darüber hinaus und würden einen Nachhaltigkeits-Check für alle Maßnahmen befürworten.

NEOS: Ja, ein derartiger Klimacheck soll vor allem im Kontext eines Klimabudgets stattfinden. Durch Einführung von Klimabudgets wollen wir auf allen politischen Ebenen einen effektiven und transparenten Klimaschutz sicherstellen und Treibhausgasemissionen staatlichen Handelns messen und budgetieren. Das Klimabudget stellt (wie das Finanzbudget) einen politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozess dar, in dem Politik und Verwaltung Verantwortung übernehmen und Rechenschaft ablegen müssen.

JETZT: Grundsätzlich ja. Dieser Check darf allerdings nicht dazu führen, dass Gesetze und Verordnungen von einzelnen Wissenschaftlern im Sinne eines neu geschaffenen Veto-Rechts blockiert werden können. Andererseits kann ich mir gut vorstellen, dass Gesetze und Verordnungen, die von Wissenschaftlern nicht positiv bewertet werden, verpflichtend mit allen Kritikpunkten in ORF und im Internet für alle Menschen frei und leicht zugänglich gemacht werden muss. So soll eine objektive Information erfolgen und Politikerinnen und Politiker sollen ihre Entscheidungen erklären müssen.

GRÜNE: Ja. Klimaschutz muss in allen gesetzlichen Bestimmungen, aber auch bei staatlichen Ausgaben und Infrastrukturprojekten eine zentrale Rolle spielen. Zukünftige



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

Gesetze, Staatsausgaben und Infrastrukturprojekte müssen einem Klimacheck unterzogen werden.

WWF-Bewertung: ÖVP, SPÖ, NEOS, JETZT und GRÜNE sind für einen verpflichtenden Klimacheck mit einer externen bzw. unabhängigen Kontrolle durch die Wissenschaft. Die FPÖ ist für einen „Nachhaltigkeits-Check“, lässt aber die zentrale Frage nach dessen Kontrolle offen.

6. Sind Sie für oder gegen den Bau neuer fossiler Großprojekte wie Autobahnen oder Flughafen-Pisten?

ÖVP: Für uns ist wichtig, dass wir bei Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz die Menschen mitnehmen. Denn die Akzeptanz für unsere Maßnahmen in der Bevölkerung ist Grundvoraussetzung, dass diese funktionieren. Es hat daher keinen Sinn, durch standortschädliche Maßnahmen wie das generelle Verbot wichtiger Infrastrukturprojekte Arbeitsplätze in Österreich zu gefährden und dadurch gleichzeitig den CO₂-Ausstoß in benachbarte Länder zu verlagern. Wir wollen daher mit gutem Beispiel vorangehen und beweisen, dass Nachhaltigkeit, soziale Verträglichkeit und Wachstum einander nicht widersprechen – ganz im Sinne unserer langen Tradition der ökosozialen Marktwirtschaft. Eher als Infrastrukturprojekte zu unterbinden, wollen wir die Mobilität so bald wie möglich CO₂-neutral gestalten, durch Verbesserung bestehender Technologien, wie E-Mobilität, und Ausbau vielversprechender neuer Technologien, wie Brennstoffzellen (Wasserstoff).

SPÖ: Alle Projekte müssen die derzeit geltenden Auflagen erfüllen und dürfen nur gebaut werden, wenn die Umweltverträglichkeitsprüfung positiv abgeschlossen wird. Künftig sollen die Aspekte des Klimaschutzes noch stärker bei dieser Prüfung berücksichtigt werden.

FPÖ: Auch dekarbonisierter Verkehr benötigt Infrastruktur – auf Schiene und Straße. Es gibt Forschungsprojekte, um Fahrzeuge direkt beim Befahren der Straße mit Strom zu versorgen. Wir müssen zudem das Problem an der Wurzel packen und einerseits Arbeitsplätze im ländlichen Raum sicherstellen (weniger Pendler) und außerdem lange Transportwege vor allem im Nahrungsmittelbereich durch Unterstützung von regionalen Anbietern vermeiden.

NEOS: Die Notwendigkeit aller klimarelevanten Großprojekte muss im Zuge eines wissenschaftlich fundierten Klimabudgets evaluiert werden, dementsprechend wären sie nur mehr dann möglich, wenn die zu erwartenden Emissionen bei der Erreichung unserer Klimaziele „leistbar“ wären.

JETZT: Dagegen.

GRÜNE: Die Grünen sprechen sich ganz klar gegen Infrastrukturprojekte aus, die unseren Emissionsausstoß erhöhen. Ein ganz klares Nein kommt daher von unserer Seite für Projekte wie die 3. Piste des Wiener Flughafens sowie zum Bau der Lobau-Autobahn und anderer fossiler Großprojekte. Anstatt den LKW- und Flugverkehr zu subventionieren, sollte Österreich das Schienennetz ausbauen, um den öffentlichen Verkehr gut zugänglich und leistbar zu machen und den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern.



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
Fax: +43 1 488 17-44
naturschutz@wwf.at
www.wwf.at

www.facebook.com/WWFOesterreich

WWF-Bewertung: GRÜNE und JETZT sprechen sich am klarsten gegen neue klimaschädliche Großprojekte aus. Die NEOS verweisen auf ihr Modell eines Klimabudgets samt Emissions-Bewertung, die – so die WWF-Einschätzung - aufgrund der bisherigen Versäumnisse in der Klimapolitik negativ für neue Autobahnen und Flughafenpisten ausgehen muss. Die Antworten der anderen Parteien sind so zu interpretieren, dass sie weiterhin auch große neue Straßenprojekte bauen wollen anstatt hier die Stoptaste zu drücken, wie es dem Pariser Klimaschutzabkommen bzw. dem Ziel der Klimaneutralität entsprechen würde. Gemäß ihren öffentlichen Aussagen sind ÖVP, SPÖ und FPÖ auch für das derzeit klimaschädlichste Projekt Österreichs, die höchst umstrittene dritte Flughafenpiste in Wien.